
FORUM: Sozialismus-Debatte

Karlheinz Hiesinger: Wider die Politik persönlicher Denunziation¹

Karlheinz Hiesinger, geb. 1942 in Augsburg, ist seit 1974 Mitarbeiter der IG Metall. Seit 1989 ist er dort als geschäftsführendes Vorstandsmitglied für den Bereich Bildungswesen, -politik, und Berufsbildung zuständig.

„Schuld durch Zugehörigkeit ist ein starkes Druckmittel auf diese Leute - sie sind alle untereinander verbunden, jeder in der weitgefächerten Linken kennt den anderen

¹ Entgegnung zu Norbert Römer: Politik sozialer Partnerschaft, Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Sozialismus-Debatte, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/90, S. 217-226.

auf die eine oder andere Weise. Ihren eidesstattlichen Aussagen habe ich Listen von kommunistischen Treffen beigelegt, denen Spendenlisten gegenüberstehen, welche ein hervorragendes Druckmittel darstellen, um an Informationen zu kommen und Rote zum Reden zu kriegen, die ihre eigene Haut retten wollen. Spenden, das heißt auch Bankunterlagen, die als Beweismittel unter Strafandrohung verlangt werden können. Potentiellen Zeugen Überwachungsfotos vorzulegen ist meine persönliche Lieblingstechnik - bei einem subversiven Treffen gezeigt zu werden, lehrt die Mehrzahl der gottlosen Roten Gottesfurcht, und sie würden ihre eigene Mutter verraten, nur um nicht ins Gefängnis zu müssen."²

Dieter Wunder bringt einen Stein ins Rollen. Eine Debatte beginnt; sie erfährt Höhepunkte, dann Einfälle, plätschert dahin, schließlich kommen Ausfälle: Zur „Politik sozialer Partnerschaft“ gesellt sich die Politik persönlicher Denunziation. Jedoch müssen alle Versuche, McCarthy zu beleben, scheitern. Römers „Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Sozialismus-Debatte“ gleicht nämlich dem Versuch, die „Sprache der Eskimos in Bermuda-Shorts erkunden zu wollen“.³ Jedenfalls gilt es, sich von der unsittlichen Methode und Kultur, die uns vorgesetzt wurde, zu trennen und sich den verborgenen Inhalten zu widmen.

I.

Norbert Römer attestiert der gewerkschaftlichen Praxis einen Revisionsbedarf. Dem kann zugestimmt werden. Die notwendige Therapie ergibt sich jedoch aus einer anderen Diagnose: Nicht der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus begründet den Revisionsbedarf, sondern die Komplexität und Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche.

Von den zu erwartenden ökonomischen Verwerfungen der „Währungsunion“ abgesehen, hat die soziale Marktwirtschaft es bisher nicht vermocht, das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen. Was scheinbar nicht lösbar ist, wird verdrängt. Die Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik überschattet zudem das sich individuell ausdrückende Bedürfnis, insbesondere von Frauen, materiell eigenständig zu sein, was Erwerbstätigkeit voraussetzt. Es geht daher nicht „nur“ um 2 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose und die sogenannte „stille Reserve“ - es geht perspektivisch um die prinzipielle Wahlmöglichkeit jedes erwerbsfähigen Menschen entweder zu arbeiten oder nicht.

Die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik sind nach wie vor für den Fall der Vollbeschäftigung konstruiert, gesellschaftlich hervorgerufene Risiken werden privatisiert - die eklatanten Versorgungsdefizite im Pflegebereich sind nur ein Beispiel dafür. Die schulische und berufliche Erstausbildung orientiert sich immer noch an einem „technik-fixierten Bildungsverständnis“, die berufliche Weiterbildung der Unternehmen beschränkt sich auf eine kleine Kaste, die mit Hilfe der sozial ungerechten und konjunkturpolitisch

2 Ellroy, James: Blutschatten, Berlin (Oktober) 1989, S. 71 f.

3 Beck, Ulrich/Beck-Gersheim, Elisabeth: Das ganz normale Chaos der Liebe, Frankfurt am Main. 1990, S. 19.

unvernünftigen Steuerpolitik ein weiteres Mal privilegiert wird. Die Misere und das Elend der Dritten Welt konzentrieren sich auf kapitalistisch-marktwirtschaftliche Gesellschaften, die ökologischen Schäden, die im übrigen auch durch die Verbrennung fossiler Energieträger hervorgerufen werden, sind zugleich ein Produkt „sozialer Marktwirtschaften“. Schließlich steht die institutionelle, rechtliche, arbeitsmarktpolitische und damit tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern noch aus. Die Zahl der Beispiele Keße sich beliebig vermehren.

Der Revisionsbedarf gewerkschaftlicher Politik ergibt sich daher *nicht* aus außergewerkschaftlichen Veränderungen, sondern aus einer Modernisierung der Lebensverhältnisse, die viele Probleme mit sich bringt. Verstärkt, ja potenziert werden sie dadurch, daß sich für den Arbeitnehmer diese Modernisierung auf einer *brüchigen* Grundlage vollzieht: In der Freizeit werden neue Sinne entfaltet, während der Arbeit herrschen Eintönigkeit und geringer Entscheidungs- und Mitbestimmungsspielraum; Aufstiegsorientierung wird als Wert an sich propagiert, die institutionellen Voraussetzungen zur Weiterbildung sind jedoch nicht vorhanden; wenn der Aufstieg dann mühsam vollzogen ist, gerät man/frau vielfach in die Mühlen einer kurativen Gesundheitsmaschine oder wird arbeitslos.

Der Revisionsbedarf gewerkschaftlicher Politik ergibt sich aus einer Art „stillen Revolution“, der gesellschaftliche Wandel ist zugleich ein Wandel des kulturellen Modells⁴: Mit der Ausdifferenzierung von Klassen, der Verschiebung im Verhältnis von Arbeits- und Freizeit, der reicheren Ausgestaltung der Lebensverhältnisse - auch der Arbeitnehmer - korrespondiert die massenhafte Möglichkeit *und* Notwendigkeit zur Entwicklung von Individualität. Vordringend setzt sich jene zivilisatorische Tendenz des Kapitalismus durch, die als Emanzipation von naturwüchsigen, vorbürgerlichen Verhältnissen bezeichnet werden könnte.

Im Ergebnis hat diese Entwicklung zu

- einer Differenzierung der Lebensformen,
- gestiegenen Wahlfreiheiten und -notwendigkeiten von Individuen und Haushalten in der Alltagsorganisation,
- abnehmender Verbindlichkeit von Traditionen,
- mehr Selbstverantwortung und Entscheidungsnotwendigkeit geführt.

Der Lebensstil, also zum Beispiel Kleidung, Musik, Wohnungseinrichtung, Umwelt und Ernährung sind heute zentrale Interessensfelder nicht nur von Jugendlichen, sondern von breiten Teilen der Bevölkerung.⁵ Wenn „... neben

4 Vgl. Hoffmann, J. u. a. (Hrsg.): Jenseits der Beschlußlage, Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt, Köln 1990, S.59ff.

5 Sicherlich: „Der Individualisierungsprozeß läuft in verschiedenen Milieus mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und nicht unbedingt in der gleichen Richtung ab“, in: Burkart, G., u. a.: Liebe, Ehe, Elternschaft, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 60, herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden 1989, S. 256.

die spezifisch-ökonomischen Unterschiede... symbolische Unterscheidungen nach der Art... des Konsums (treten)"⁶, wenn sich kultureller Pluralismus und Vielfalt der Lebensformen zugleich in einer Vervielfältigung der gesellschaftlichen und persönlichen Konflikte ausdrücken, kann die gewerkschaftliche Antwort nicht eine von gestern, zumal auf die Probleme von vorgestern sein. Denn mit der Pluralisierung von Lebensformen geht die Differenzierung von Politikfeldern einher. Römer hingegen preist die von ihm hochgehaltene „Mitbestimmung“ sozusagen als Schlüssel zum Öffnen aller verschlossenen Türen an. Es ist jedoch ein gravierender Fehler zu glauben, daß, wenn es gelingt, die Ökonomie zu beherrschen, damit automatisch der Rest des Lebens gestaltbar wird. Die Macht in der modernen Welt stellt sich heute in anderer Bandbreite und in unterschiedlichen Varianten dar.

Deshalb ist es eine Aufgabe gewerkschaftlicher Politik und insbesondere gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, den Arbeitnehmer nicht als einen abstrakten homo-industrie-sociologicus, sondern ganzheitlich als „Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse“ (Marx) zu betrachten, ihm in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit mit einem erweiterten kulturellen Verständnis zu begegnen, ihm die Entwicklung von Lebensentwürfen zu erleichtern - nach der Devise: „Utopie ist unverzichtbares Selbstbehauptungsmittel gegen den Verlust der Zukunftsgewißheit“ (Irmgard Morgner).

Römer hingegen entpuppt sich mit seinen Hinweisen auf die Bildungsarbeit der IG Metall als Anhänger der ehrwürdigen Priestertrugtheorie. Wenn er die Gefahr der Einflußnahme auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit durch „Unterwanderer“ an die Wand malt, beschwört er zugleich die Passivität der Bildungsadressaten, unterstellt, daß sie sich durch und durch manipulativ propagandistisch „zurichten“ lassen. Ist dabei gar der Wunsch der Vater des Gedankens? An Römer scheint der Zug der Zeit vorbeigerauscht zu sein, er übersieht, daß sich fehlendes Klassenbewußtsein nicht in Seminaren einpflanzen läßt.

II.

Wenn es zutrifft, daß sich unter dem Stichwort „Veränderung des Stellenwertes der Arbeit“ in den letzten 25 Jahren in der Bundesrepublik eine Entwicklung vollzogen hat, deren Auswirkungen auf die Gesellschaft bislang noch unterschätzt werden,⁷ dann besteht der Revisionsbedarf gewerkschaftlicher Politik nicht nur auf der praktischen sondern auch auf der theoretischen Ebene. Es geht um eine gewerkschaftliche Politik, die den Zusammenhang von Individualisierung und sozialer Sicherheit neu thematisiert *und* gestaltet.⁸ Eine derartige gewerkschaftliche Politik muß die gestiegenen Bedürfnisse nach Leistungsbereitschaft, Initiative, Eigenständigkeit, Kreativität, Kommu-

6 Bourdieu, P.: Zur Soziologie der symbolischen Formen, Frankfurt a. M. 1974, S. 60.

7 Vgl. Rürup, B.: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland, Perspektiven und Orientierungen, Band 7, München 1989, S. 43 ff.

8 Vgl. IG Metall-Vorstand, Solidarität und Freiheit, Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform, Frankfurt a. M. 1989.

nikation aufgreifen und durch umfassende Demokratisierung, Beteiligung und Qualifizierung erfüllen.

Der Umsetzung solcher Ziele sind jedoch enge Grenzen gesetzt. Die Metallindustrie ist trotz des nicht unerheblichen Umfangs öffentlicher Subventionen und Investitionszuschüsse, öffentlicher Vorleistungen (Energie, Verkehr und so weiter) sowie der Forschungsschwerpunkte (neue Technologien) nach wie vor eine Branche, die vom privaten Kapital dominiert wird und deshalb einen objektiven Interessengegensatz in sich birgt. Ein simples Beispiel zur Veranschaulichung ist die Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie 1990. Die IG Metall wurde vor Ablauf der Friedenspflicht mit Arbeitgeberforderungen und Angeboten konfrontiert, die sich aus historischen Rückschritten (Arbeitszeit und Wochenende) und verteilungspolitischen Brosamen (4 Prozent mehr Lohn und Gehalt) zusammensetzten. Zudem wurde die Angriffsaussperrung propagiert, ein Arbeitskampf hätte unter den Bedingungen des von „Kumpel Nobbi“⁹ bescherten § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) stattgefunden. Politik sozialer Partnerschaft?

Das tarifpolitische Ergebnis weicht von den Forderungen und Zielsetzungen der IG Metall ab, da sich der objektive Interessengegensatz zwischen Gesamtmetall und IG Metall in einem Vertrag verdichtet, der diesen nicht aufhebt, sondern in einen befristeten Kompromiß gießt. Der Tarifvertrag enthält daher gleichermaßen Risiken wie Chancen. Risiken ergeben sich aus dem objektiven Interesse der Metallindustrie, „rund um die Uhr“ produzieren zu lassen; dementsprechend dann Beschäftigte bei „striktter Freiwilligkeit“ zu nötigen, 40 Stunden wöchentlich zu arbeiten. Risiken ergeben sich auch aus der verteilungspolitischen Schieflage; aus dem Bedürfnis, mehr Geld verdienen zu wollen. Chancen hegen in dem Gewinn an Zeitsouveränität, an „disposable time“ (Marx).

Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit drückt sich im Widerspruch zwischen der Flexibilisierung der Arbeitszeiten vorwiegend nach betrieblichen Vorgaben und der „selbstverwirklichungsdienlichen“ Flexibilisierung der Arbeitszeiten nach den individuellen Bedürfnissen der Beschäftigten aus. Der Interessengegensatz ist daher nicht ein gebetsmühlenartiges Bekenntnis, sondern eine im Alltagsleben vorhandene strukturierende und zugleich variable Größe. Nur die Erscheinungsformen verändern sich.

III.

Für Römer sind alle sozialistischen Konzeptionen ein für allemal gescheitert. Dem muß zweierlei entgegnet werden. Was nicht war, muß nicht notwendigerweise falsch sein; und: Das Gegenteil von etwas Falschem muß nicht unbedingt richtig sein. Römer weiß zu berichten: „Es gibt in der Wirtschaftsgeschichte bislang nirgendwo ein Beispiel für ein lupenreines System ungebremster freier Marktwirtschaft“.¹⁰ Seiner Polemik gegen die Bildungsarbeit der IG

⁹ Blüm und Rau - eine Chance für wen?, in: einheit, Nr. 15/1987.

¹⁰ Römer, S. 223.

Metall muß eine andere entgegengesetzt werden. Römer scheint sein geschichtliches Wissen aus unbekanntem Quellen zu schöpfen, ein mehrwöchiger Aufenthalt in den Slums von Manila, Bogota oder Soweto könnte vielleicht Abhilfe schaffen, und auch vor der Haustür können die Bremsklötze der sozialen Marktwirtschaft auf Sizilien oder in der Türkei gesucht werden, und zwar mit der Lupe. Hinzu kommt noch etwas anderes: Die Entgegensetzung von gebremster und ungebremschter sozialer Marktwirtschaft vereinfacht die gesellschaftlichen Probleme in der Bundesrepublik. Es gehört zu den „risikanten Chancen“ der Modernisierung im Kapitalismus, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht auf einen einfachen Nenner bringen lassen. Den gewonnenen Freiheiten des einzelnen stehen auch größere Risiken der Allgemeinheit gegenüber. So ist mit der bis in die Dörfer der Bundesrepublik hineinreichenden Auflösung der Wirtschaftsgemeinschaft in Form der Drei-Generationen-Familie zwar die Möglichkeit gegeben, nach der Erwerbstätigkeit oder dem Erreichen des Rentenzugangsalters in eine eigenständige dritte Lebensphase einzutreten. Doch wie sich diese dritte Lebensphase gestaltet, hängt vor allem von der körperlichen Verfassung und der materiellen Situation des Rentners ab. So bezogen laut Renten Anpassungsbericht 1988 66,5 Prozent der Rentnerinnen in der Arbeiterrentenversicherung eine Rente von nicht mehr als 600 DM monatlich.

Größere Freiheiten und Risiken sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, mit der die Kosten der Modernisierung bezahlt werden müssen. Ein Teil der Bevölkerung zahlt einen hohen Preis, ist dazu verdammt, sich den gesellschaftlichen Wandel durch ein Schaufenster anzusehen: die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, die physisch und psychisch Kranken, die Drogensüchtigen und so weiter.

Nicht zuletzt deshalb konzentriert sich die geschichtliche Bildungsarbeit der IG Metall auf das „aktive Wiedererinnern“ im Sinne Habermas,¹¹ trägt der Tatsache Rechnung, daß sich das Bild des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten dank der kontinuierlichen Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit dem Kapital gewandelt hat, faßt ins Auge, daß dieser Wandel zwar zu einer Lösung alter, aber auch zum Entstehen neuer Probleme geführt hat. Das Stichwort „Ökologie“ ist für immer mehr Betroffene von Bedeutung.

N.

Es kommt ein weiteres Problem hinzu: Ab einem bestimmten Punkt macht eine „Sozialismus-Debatte“ nur noch dann Sinn, wenn sie sich einem zentralen Problem der Zukunft stellt. Muß - und wenn ja, wie - die gewerkschaftliche Strategie angesichts der auf Hochtouren laufenden Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik verändert werden?

In diesem Zusammenhang muß auf die sich abzeichnenden wirtschaftlichen Turbulenzen der Währungsunion hingewiesen werden: Allein die zu erwar-

¹¹ Vgl. Habermas, Jürgen: Die neue Unübersichtlichkeit, Kleine politische Schriften V, Frankfurt a. M. 1985, S.67f.

tende Massenarbeitslosigkeit in der DDR wird Veränderungen der gewerkschaftlichen Politik erforderlich machen, da noch nie unter derartigen Bedingungen gewerkschaftliche Strukturen „aus dem Nichts“ aufgebaut werden mußten.

Ein anderer, bisher kaum beachteter Gesichtspunkt spielt eine Rolle: Geld läßt sich im Verhältnis 1:1 tauschen, unterschiedliche Werte und Normen hingegen nicht. Die Frage lautet: Wie wird sich die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik auf den gesellschaftlichen und kulturellen Wandel in der Bundesrepublik und in der DDR auswirken? Gerät die Auflösung von Traditionen in der Bundesrepublik ins Stocken, stehen der DDR Brüche in ihren kulturellen, sexuellen, moralischen und familiären Traditionen bevor? Die Diskussion über den § 218 oder die Fristenregelung, über die Form der Mitgliedschaft in der Kirche, über Ausländerfeindlichkeit oder über die Erwerbsbeteiligung der Frauen zwischen den beiden deutschen Staaten sind augenfällige Beispiele für diese Probleme.

In *diesem Sinne* kann Römer zugestimmt werden: „Dies und vieles mehr müssen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern in die notwendige Diskussion um ihre Zukunft in einem zusammenwachsenden Deutschland mit einbeziehen“.¹²

V.

„Angst jedoch, das heißt überwiegende Unsicherheit macht aggressiv und paralyisiert“. Römer scheint Angst zu haben, davon zeugt seine Verschwörungstheorie: „Es wurde versucht, Einfluß auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu nehmen.“¹³ Hier schimmert ein demokratisches Verständnis durch, das dem Motto folgt: Einfluß darf genommen werden, sofern es mir paßt. Der politische Technokrat baut sich einen Popanz auf, um Anhaltspunkte für die „rote Gefahr“ zu finden.

Unbestritten ist, daß die soziale Marktwirtschaft von heute nichts mit dem Manchester-Kapitalismus von gestern zu tun hat: Solidarität, Freiheit und Individualität, die eben nicht die Marktabhängigkeit in allen Dimensionen der Lebensführung bedeuten, sind jedoch mit der sozialen Marktwirtschaft von heute nicht zu verwirklichen. Aus dieser gewerkschaftlichen Einsicht ergibt sich die Aufgabe der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Sie muß die mehr oder weniger ausgebildete Fähigkeit des Individuums zur Eigenständigkeit und zur Gestaltung des individuellen, kollektiven und politischen Lebens fördern und an dieser anknüpfen.

Im Zuge des „zivilisatorischen Effektes“ sind, über die „Zweckbildung für soziale Auseinandersetzungen“ hinaus, weitere Persönlichkeits- und Bildungsanforderungen hinzugekommen, denen sich die gewerkschaftliche Bildungs-

¹² Römer, S. 217.

¹³ Römer, S. 221.

arbeit stellt: Es geht auch um die Herausbildung und Förderung von Fach-, Sozial- und Handlungskompetenzen.

VI.

Alle „anti-marktwirtschaftlichen Konzepte sind gescheitert“.¹⁴ Diese Feststellung wird vom Pressesprecher einer Gewerkschaft vorgetragen, die eine Branche betreut, die fernab jeglicher marktwirtschaftlicher Logik funktioniert. Kohlepfennig, Hüttenvertrag, Verstromungsgesetz und so weiter - ein Sammelsurium an planwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten garantiert die wirtschaftliche Entwicklung des Bergbaus. Den 50 Milliarden Mark, die in der DDR für die Grundbedarfsgüter aufgewandt wurden, stehen im bundesdeutschen Kohlebergbau 11 Milliarden Subventionen gegenüber. Wohlverstanden: Nicht die Kohlesubventionen sind zu kritisieren - wohl aber die Indoktrinationen.

Über den Scherz, vom quasi-verstaatlichten Bergbau auf die gebremste soziale Marktwirtschaft zu schließen, darf geschmunzelt werden. Lachsalven muß Römers Feststellung auslösen, die IG Bergbau und Energie habe sich die „moderne Industriepolitik“ zu eigen gemacht. Das als Antwort auf die Krise des Kohlebergbaus formulierte „Überbrückungskonzept für den deutschen Steinkohlebergbau“ enthält auch die Forderung nach einer Ausweitung der Kohleverstromung. Über Vorstellungen eines umweltschonenden Energieeinsatzes sowie Maßnahmen zur Energieeinsparung ist darin nichts zu finden. Der Kohlebergbau ist in den Untertagebetrieben fertigungstechnisch ein Produzent von schwarzen Löchern; demgegenüber enthält die Programmatik der IGBE zur künftigen Energiepolitik viele „weiße Flecken“. Daran ändert auch die „Politik sozialer Partnerschaft“ nichts.

In der Tat: „Keine Gewerkschaft wird deshalb daran vorbeikommen, ihren inneren Zustand immer wieder zu prüfen, kritisch zu beleuchten, Konsequenzen zu ziehen“.¹⁵ Dies macht jedoch nur Sinn, wenn *inhaltlich-programmatische* Konsequenzen gezogen werden. Konsequenzen, die sich auf den „doppelten gesellschaftlichen Wandel“ beziehen: auf den Wandel *in* cfer Bundesrepublik und den Wandel *der* Bundesrepublik - hervorgerufen durch die unter konservativen Vorzeichen vorangetriebene Vereinigung mit der DDR.

Die Personalisierung einer politischen Diskussion hilft da nicht weiter. Sie schürt Mißtrauen, vermiest die Stimmung und erinnert an den Muff der Adenauer-Zeit.

¹⁴ Römer, S. 223.

¹⁵ Römer, S. 226.